



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 28.11.2012, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Stadtteilentwicklung in Grünbühl-Sonnenberg: Neuzuordnung der statistischen Bezirke und Änderung des Stadtteilnamens (Vorberatung)	Vorl.Nr. 473/12
-------	---	-----------------

Beschlussempfehlung:

1. Das statistisch bisher dem Stadtteil Ludwigsburg-Süd zugeordnete Stadtviertel „Sonnenberg“ (statist. Kennziffer 50, dargestellt in Anlage 1) wird zum 01.01.2013 dem Stadtteil Grünbühl zugeordnet.
2. Der neue Stadtteil trägt ab 01.01.2013 den Namen „Grünbühl-Sonnenberg“.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Kirnbauer

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt EBM **Seigfried**, dass der Tagesordnungspunkt 6, Weiterentwicklung der Ganztagesbetreuung an Ludwigsburger Grundschulen, Vorl.Nr. 377/12 auf Anregung der Haushaltsstrukturkommission abgesetzt werde. Diese sehe erheblichen Gesprächsbedarf der Fraktionen über die Auswirkungen der Elternbeitragssituation. Wichtige Elemente wie zum Beispiel die Ferienbetreuung in den Faschingsferien würden jedoch bereits umgesetzt.

Nachfolgend in die Tagesordnung einsteigend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 473/12, in der auf die Informationsvorlage Nr. 292/12 Bezug genommen wird.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der anschließenden Aussprache spricht Stadträtin **Kopf** im Namen des Stadtteilausschusses Dank für den zügigen und sozialverträglichen Verwaltungsvorschlag aus.

Stadtrat **Dr. Bohn** zeigt sich im Namen seiner Fraktion mit der Verwaltungsvorlage sehr zufrieden. Der Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 18.04.2012, Vorl.Nr. 173/12 sei damit erledigt, obwohl er in der Vorlage nicht erwähnt sei.

Stadtrat **Dr. Vierling** verweist auf die bisherigen Bemühungen der Bevölkerung um ein Zusammengehörigkeitsgefühl, seine Fraktion unterstütze den Prozess und könne daher der Vorlage zustimmen.

Auch die Stadträte **Glasbrenner** und **Müller** sowie Stadträtin **Lange** begrüßen die Entscheidung und erklären die Zustimmung zur Vorlage.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 473/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2	Sportzentrum Hockey-Club Ludwigsburg 1912 e.V. - Projekt der Wolfgang-Reisser-Stiftung (Baurecht und Sportförderung) (Vorberatung)	Vorl.Nr. 369/12
-------	---	-----------------

Beschlussempfehlung:

1. Die Wolfgang-Reisser-Stiftung wird einem geförderten Sportverein gleichgestellt und erhält für den Bau eines Sportzentrums sowie den Bau von drei Tennisplätzen einen Zuschuss entsprechend der „Richtlinien über die Förderung des Sports in Ludwigsburg“ in Höhe von bis zu 300.000 €.
2. Im Rahmen des freien Ermessens und entsprechend der bisherigen Praxis wird der Wolfgang-Reisser-Stiftung für die Erstellung einer Sporthalle und vier Gymnastikräumen mit Sanitärbereich (Anteile aus Fitnessbereich) ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von bis zu 490.000 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 2 und 2.1, Vorl.Nr. 369/12 und 499/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert anhand eines Plans die Entwicklung des Sportpark Ost und geht in diesem Zusammenhang auch auf die aktuellen Überlegungen ein. Das heutige Projekt der Reisser-Stiftung sei ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung des Sportparks Ost. Das neue Sportzentrum biete nicht nur dem HCL eine strukturelle Zukunft. Das Raumprogramm und die Nutzungen seien in der heutigen Vorlage dargestellt. Die baurechtliche

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 28.11.2012

Situation sei nach vielen Gesprächen und Änderungen der Pläne zwischenzeitlich geklärt. Über die Zuschüsse gelte es nun zu beraten und zu beschließen. In der Vorlage sei dargestellt, welche Maßnahmen getroffen werden, um zu verhindern, dass in Zukunft weder die Stadt noch der HCL durch Betriebs- oder Unterhaltungskosten belastet werden könnten.

EBM **Seigfried** weist ergänzend darauf hin, dass die heutige Vorlage eine von vielen Entscheidungen innerhalb des Rahmenplans Sportpark Ost darstelle.

In der nachfolgenden Aussprache erinnert Stadtrat **Kromer** an die zehn Änderungswünsche nach Abstimmungsgesprächen zwischen Wolfgang Reisser und der Stadtverwaltung. Man solle sich glücklich schätzen, dass in Ludwigsburg ein idealistischer Investor wohne, der in der Stadt einen Sportstättenkomplex für 6,5 Mio. Euro errichten wolle. Die Stadt müsse das Vorhaben mit lediglich 0,79 Mio. Euro einmalig bezuschussen. Dieser Zuschuss sei im Finanzplan der Stadt eingeplant. Durch den sichtbaren Akzent werde das Image der Stadt Ludwigsburg regional und international gesteigert. Die CDU-Fraktion begrüße das Projekt der Wolfgang-Reisser-Stiftung.

Stadtrat **Dr. Bohn** weist darauf hin, dass ein Rahmenplan zwar besprochen, bisher jedoch vom Gemeinderat nicht verabschiedet worden sei. Insofern sei die gewünschte Reihenfolge nicht eingehalten. Obwohl das Vorhaben sehr positiv zur Kenntnis genommen werde, müsse man die gesamtfINANZIELLE Situation der Stadt betrachten und den relativ hohen Zuschuss gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen können. Vom angebotspolitischen Standpunkt stelle es ein hervorragendes Projekt dar.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, dass man vor der Gesamtaufstellung eines Rahmenplans einzelne Maßnahmen habe herausnehmen müssen und dies auch allen klar gewesen sei. Die Stadt trage nicht unerheblich zu diesem Projekt bei. Sie stelle ein Grundstück zur Verfügung, auch wenn dafür Erbbauzins bezahlt werde. Auch der Zuschuss sei angesichts der geltenden Richtlinien relativ hoch. Er erinnert, dass der vorhandene Bolzplatz nicht zu lange wegfallen sollte. Auch das Thema Parkplätze sollte man nochmals aufgreifen. Ansonsten stimme seine Fraktion dem Projekt zu.

Stadtrat **Dr. Vierling** verweist auf ein bemerkenswertes Projekt und eine erfreuliche Entwicklung für den Hockeysport.

Stadtrat **Müller** spricht für die FDP-Fraktion Herrn Reisser für sein Engagement Dank und die volle Unterstützung aus.

Stadträtin **Lange** kann sich der Sache nach in vielen Punkten anschließen. Seit vielen Jahren spreche die Stadt von einem Sportpark City-Ost. Mit Blick auf einen Wohnpark City-Ost bringt sie ein mögliches Spannungsfeld zwischen Wohnbebauung und Sportbetrieb.

EBM **Seigfried** zeigt sich verwundert über die öffentliche Wahrnehmung, dass der Sportpark Ost nicht vorankomme. Er gibt einen groben Überblick über die Entwicklung des Sportparks und die damit verbundenen Schritte und Entscheidungen.

Herr **Fröhlich** geht nachfolgend auf die aufgeworfenen Fragen aus der Mitte des Gremiums ein, insbesondere im Hinblick auf die Tennisplätze, die bisherige Zuschusspraxis sowie die Bezuschussung einer Stiftung.

EBM **Seigfried** bekräftigt, dass man mit der Bezuschussung einer operativen Stiftung Neuland beschreite. Man müsse mutig an das Thema herangehen, um solche Möglichkeiten zu nutzen. Nach reiflicher Überlegung sei der vorliegende Verwaltungsvorschlag entstanden.

Stadtrat **von Stackelberg** weist darauf hin, dass durch den Zuschuss von 490.000 Euro die Sporthalle Ost möglicherweise wieder geschoben werden müsse. Diese stelle jedoch einen zentralen Punkt im Sport- und Bildungsplan dar.

Im Verlauf der weiteren Aussprache erläutert Herr **Fröhlich**, welche Räume mit 490.000 Euro bezuschusst würden. Nicht alles, was förderfähig wäre, sei für die vorgeschlagene Zuschussgewährung zu Grunde gelegt worden.

Auf Anfrage von Stadtrat **Dr. Vierling** erläutert EBM **Seigfried** nochmals die gegenwärtige Praxis der Vereinsförderung bei Investitionen.

Nach weiterer kurzer Aussprache und Erläuterungen durch Herrn Reisser stellt EBM **Seigfried** abschließend die Vorl.Nr. 369/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2.1	Sportzentrum Hockeyclub 1912 e.V. - Ergänzung des Antrags Vorl.Nr. 439/11 - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2011	Vorl.Nr. 499/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 2 und 2.1, Vorl.Nr. 369/12 und 499/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2011, Vorl.Nr. 499/11, in Ergänzung zum Gemeinsamen Antrag der FW und FDP, Vorl.Nr. 364/11, ist mit Beratung und Beschlussfassung der Vorl.Nr. 369/12 im BSS am 28.11.2012 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 2, Vorl.Nr. 369/12.

TOP 3	Weiterentwicklung Kulturzentrum - Planungsauftrag für die Sanierung und die Nachnutzung der Museumsräume - Erweiterung der Stadtbibliothek im Kulturzentrum - Unterbringung der Energetikom-Ausstellung und der LEA	Vorl.Nr. 494/12
-------	---	-----------------

Abweichender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Grundsanierungsbedarf für die Nachholung der bisher zurückgestellten Sanierung der Museumsräume im Kulturzentrum, incl. der ehemaligen Hausmeisterwohnung, zu ermitteln.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die inhaltliche Konzeption und den Entwurf mit Kostenschätzung für die Erweiterung der Stadtbibliothek mit Integration einer vom Energetikom unterstützten Ausstellung und der Ludwigsburger Energieagentur (LEA) in die frei werdenden Räume des Städtischen Museums (Kulturzentrum, Wilhelmstraße 9/1) zu erarbeiten. Dabei sind mögliche Alternativen zu untersuchen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die stufenweise Vergabe der Planungsleistung Architektur (zunächst LPH 1-2) nach HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) auf Grundlage von drei abgefragten Angeboten mit einem vorläufigen Gesamthonorar (LPH 1-9) in Höhe von max. 180.000.- inkl. 19 % MwSt zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3 und 3.1, Vorl.Nr. 494/12 und 553/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Herr **Stierle** (FB Bildung, Familie, Sport, Stadtbibliothek) erläutert kurz die Beschlussvorlage Nr. 494/12 und geht auf die Nutzungskonzepte und angedachte Kombi-Lösung ein.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) ergänzt, dass ein grundsätzlicher Sanierungsbedarf bestehe, der zunächst festgestellt werden müsse, bevor man über eine Nutzung der Räumlichkeiten nachdenke. Es könnten Räume mit mehrfacher Nutzung entstehen wie beispielsweise Lernräume, die zu anderen Zeiten als Seminarräume zur Verfügung ständen. Er geht erläuternd auf die eingeplanten Fördergelder ein.

In der nachfolgenden Aussprache freut sich Stadträtin **Kreiser** über die hohen Besucherzahlen der Bibliothek und die Möglichkeit einer Vernetzung von Bibliothek, Energetikom und der Ludwigsburger Energieagentur LEA.

Für Stadtrat **Dr. Bohn** selbstverständlich ist die Nutzung der Räumlichkeiten, neu sei die Kombination mit dem Energetikom und der LEA.

Stadtrat **Glasbrenner** sieht den Punkt 1 der Vorlage vom Grundsatz als den wichtigsten an. Aus Kostengründen müsse man versuchen, nicht zu tief in die Bausubstanz einzugreifen. Er schlägt als ersten Schritt eine Bestandsaufnahme und einen Sanierungsmaßnahmenplan und als zweiten Schritt einen Stufenplan für die spätere Nutzung vor.

Nach Meinung von Stadträtin **Klett-Heuchert** sei es naheliegend, dass die Räumlichkeiten für die Erweiterung der Stadtbibliothek genutzt werden sollen. Mit der Ausstellung Energetikom sei eine Erweiterung vorgesehen, die gut geheißsen werde. Es sei ein erster Schritt, diese Thematik in die Stadt zu holen und bei den Kindern zu beginnen, die immer mehr die Stadtbibliothek nutzten.

In der nachfolgenden weiteren Aussprache kommt seitens des Gremiums allgemein der Bedarf nach einer Konkretisierung des Nutzerkonzepts zum Ausdruck.

Stadträtin **Lange** bittet, mit aufzunehmen, das Gremium im Hinblick auf die Sanierungsmaßnahmen schon im Vorfeld über Schäden zu unterrichten.

EBM **Seigfried** erläutert nochmals die dem Beschlussvorschlag zugrundeliegenden Überlegungen.

Im Anschluss geht Herr **Weißer** auf die aufgeworfenen baulichen Fragen, insbesondere auf die alternative Untersuchung, ein und erläutert nochmals das angedachte Nutzungskonzept.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Glasbrenner** erklärt EBM **Seigfried**, dass es noch keine entsprechenden Beschlüsse der LEA und des Energetikom gebe.

Als Ergebnis der Aussprache stellt EBM **Seigfried** abschließend, unter Berücksichtigung des Änderungswunsches von Stadträtin Kreiser, den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 494/12 abweichend im Gremium zur Abstimmung. Demnach wird die Verwaltung in Ziffer 2 zur Erarbeitung einer inhaltlichen Konzeption und eines Entwurfs mit Kostenschätzung, anstelle Kostenberechnung, beauftragt. In Ziffer 3 wird die Verwaltung zur stufenweisen Vergabe der Planungsleistung Architektur zunächst lediglich bis zur Leistungsphase (LPH) 2, nicht wie ursprünglich LPH 3, ermächtigt. Somit findet vor der nächsten Leistungsphase eine weitere Beratung und Entscheidung im Gremium statt.

TOP 3.1

- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und
Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011

Vorl.Nr. 553/11

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3 und 3.1, Vorl.Nr. 494/12 und 553/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011, Vorl.Nr. 553/11 ist mit Beratung und Beschlussfassung der Vorl.Nr. 494/12 im Gremium erledigt.

TOP 4

Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler
- Entwurfsbeschluss
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 490/12

Abweichende Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales empfiehlt die Realisierung des Kinder- und Familienzentrums Poppenweiler vor Ort unter Klärung des Kostencontrollings im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt sowie abschließender Klärung der Frage, ob nicht ein Abriss des „Schill“-Gebäudes die günstigere Lösung darstellen würde.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 490/12.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) zeigt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Planung auf. Im morgigen BTU am 29.11.2012 erfolge die Vorstellung der ersten Ergebnisse

durch den zwischenzeitlich beauftragten Kosten-Controller. Eine Inbetriebnahme Anfang 2015 sei realistisch.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erklärt ergänzend, dass man aus der Qualität der zu sanierenden Räume heraus nicht zwingend einen Neubau brauche. Ein solcher sei 200.000 Euro teurer, allerdings berge der Altbau noch Kostenrisiken.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert daraufhin nochmals kurz das Raumprogramm.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadtrat **Meyer**, man sei sich einig, dass man das Kinder- und Familienzentrum wolle und auch brauche. Dennoch könne man heute unter dem Aspekt der Kostenrisiken und der fehlenden Freiflächenplanung nicht zustimmen. Mit Blick auf den Zeitplan sei dies bedauerlich, jedoch kämen Qualität und Kostendisziplin vor Geschwindigkeit.

Stadtrat **von Stackelberg** ist der Meinung, man sei es der Poppenweiler Bevölkerung schuldig, dass ein gutes Konzept schnell umgesetzt werde.

Auch Stadträtin **Klett-Heuchert** ist der Ansicht, dass dringend Plätze in Poppenweiler geschaffen werden müssten. Man könne sich keine weiteren Verzögerungen leisten.

In der nachfolgenden weiteren Aussprache kommt seitens des Gremiums allgemein zum Ausdruck, dass das Vorhaben als dringend und notwendig betrachtet wird. Insbesondere die Stadträte **Meyer** und **Glasbrenner** bemängeln die fehlende Entscheidungsgrundlage beziehungsweise den zu kurzen Zeitraum, sich mit der Vorlage zu beschäftigen. Auch könne die Thematik der Ausschüsse Bildung, Sport und Soziales sowie Bauen, Technik und Umwelt nicht getrennt betrachtet werden.

Das Ergebnis der Aussprache zusammenfassend formuliert EBM **Seigfried** abschließend obige abweichende Beschlussempfehlung und stellt diesen Vorschlag im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5

Antrag auf Schulzeitstreckung - G 9 - Mörike-
Gymnasium ab Schuljahr 2013/2014
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 488/12

Abweichende Beschlussempfehlung:

Dem Antrag des Mörike-Gymnasiums für einen G9-Schulversuch ab dem Schuljahr 2013/2014 wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Anträge einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 488/12.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet von der Schulbeiratssitzung der vergangenen Woche, in der verschiedene Aspekte, wie beispielsweise die Auswirkungen auf die Schullandschaft, diskutiert wurden. Nach den Richtlinien des Regierungspräsidiums könnten maximal zwei Züge in G9 umgewandelt werden. Die Eltern hätten sich deutlich für ein G9 ausgesprochen und den Antrag befürwortet.

EBM **Seigfried** berichtet, dass der Städtetag fordere, dass alle Anträge auf G9 zugelassen werden.

In der nachfolgenden Aussprache führt Stadtrat **Kromer** aus, dass es der grundsätzlichen Vorstellung der CDU entspreche, eine Vielfalt von Wahlmöglichkeiten zu schaffen, die den Kindern und Jugendlichen eine optimale Förderung ermögliche. Die Bildungspolitik der neuen Landesregierung lasse die Möglichkeit, zwei Geschwindigkeiten zum Abitur anzubieten. Man werde die Herausforderung der ministeriellen Vorgaben annehmen und dem Antrag des Mörike-Gymnasiums zustimmen. Im erweiterten Schulbeirat habe es überwiegend positive Stellungnahmen gegeben.

Stadtrat **von Stackelberg** stellt fest, dass der Elternwille nach G9 nach wie vor ungebrochen bestehe. Es sei richtig, eine Möglichkeit zu schaffen, dem Wunsch der Eltern nachzukommen. Seine Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen. Er gehe davon aus, dass weitere Gymnasien folgen werden. Die vier Gymnasien sollten künftig jedoch wieder die Fragen der Bildungslandschaft in einer kooperativen Art miteinander lösen.

Stadträtin **Moersch** weist darauf hin, dass es Kinder gebe, die mehr Zeit bräuchten und die Einrichtung eines G9-Gymnasiums diesen Kindern und den Eltern entgegen komme. Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Sie ermuntert die anderen Gymnasien, sich um die Einführung des G9 zu bewerben. Der Druck der Eltern werde so stark sein, dass die Landesregierung zwangsläufig zustimmen müsse.

Stadträtin **Steinwand** weist seitens ihrer Fraktion darauf hin, dass es mit den beruflichen Gymnasien bereits ein Angebot für Kinder gebe, die etwas mehr Zeit brauchen. Das G8 sei aus Gründen der Kosteneinsparung eingeführt worden. Deshalb glaube sie auch nicht an die flächendeckende Einführung des G9. Ihre Fraktion möchte allerdings, dass die Gemeinschaftsschule ein Thema der Zukunft werde und stimme deshalb dem Antrag nicht zu.

Stadtrat **Müller** möchte in den Vordergrund stellen, dass der Erfolg einer Schule von der Qualität und dem Engagement der Lehrer abhängt. Dabei spiele die Lehrerzahl eine ganz entscheidende Rolle. Vielleicht sollte man über die weitere Kommunalisierung des Schulwesens nachdenken. Dem Wunsch der Eltern wolle man nicht entgegenstehen. Seine Fraktion stimme daher zu.

Auch Stadträtin **Lange** erklärt ihre Zustimmung zum Antrag des Mörike-Gymnasiums.

Stadtrat **Dr. Vierling** hält den Antrag des Mörike-Gymnasiums für unrealistisch, nachdem im Schulversuch des Landes nur 44 Gymnasien zum G9 zugelassen würden. Man möchte keine falschen Erwartungen wecken. Die Haushaltsmittel der Landesregierung seien begrenzt, weshalb die bildungspolitische Priorität des Landes auf den Ausbau von Ganztagschulen und Einführung der Gemeinschaftsschule gerichtet sei. Einen G9-Antrag hätte man mit den anderen Gymnasien abstimmen müssen. Seine Fraktion halte Elternwünsche für sehr wichtig und stehe zu einer Politik des Gehörtwerdens.

EBM **Seigfried** macht deutlich, man betreibe kommunale Schulentwicklungspolitik mit den Möglichkeiten, die einem eingeräumt werden. Man transportiere mit dem Antrag auf G9

letztendlich nur etwas, das zulässig sei.

Als Ergebnis der Aussprache stellt EBM **Seigfried** abschließend obige abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales im Gremium zur Abstimmung.

TOP 6

Weiterentwicklung der Ganztagesbetreuung an
Ludwigsburger Grundschulen
- Einbringung

Vorl.Nr. 377/12

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 6, Vorl.Nr. 377/12 wird im Einverständnis des Gremiums von EBM **Seigfried** zur Beratung von der Tagesordnung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 28.11.2012 abgesetzt.

TOP 7

Fortschreibung Kindertagesstättenvertrag
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 495/12

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der Anlage 0 „Eckdaten zum Kindertagesstättenvertrag“ mit den Trägern Evang. Gesamtkirchengemeinde, Evang. Kirchengemeinde Poppenweiler, Kath. Gesamtkirchengemeinde Ludwigsburg und der AWO Ludwigsburg rückwirkend zum 01.09.2012 mit einer Laufzeit von 3 Jahren einen neuen Vertrag abzuschließen.

Mittel für die Umsetzung dieses Beschlusses stehen im Haushaltsplanentwurf 2013 (vorbehaltlich der Genehmigung) unter der Finanzposition 1.4641.7020 mit einem Volumen von 1.770.000,- € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erläutert einleitend die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 495/12 und geht auf die Besonderheiten der vertraglichen Beziehungen mit den freien Trägern und den Verlauf der Gespräche ein.

In der nachfolgenden Aussprache begrüßt Stadträtin **Kopf**, dass im ausgehandelten Vertragsentwurf das Essensangebot in den Einrichtungen ausgeklammert wurde. In der

Essensversorgung sei der Stadt in den letzten Jahren ein schwer zu handhabendes Themenfeld zugewiesen. Der Vertrag sei anspruchsvoll aber von gegenseitiger Wertschätzung geprägt und zukunftsorientiert.

Stadtrat **Dr. Bohn** weist darauf hin, dass der Vertrag nicht unkündbar sei. Insofern bestehe kein Risiko und man könne nachbessern, wenn dies begründet sei. Das große Problem Mittagessensversorgung sei nicht geklärt, sei jedoch heute auch nicht zu lösen. Ziel der weiteren Bemühungen müsse sein, die Qualität des Essens zu verbessern.

Stadtrat **Kirnbauer** schlägt vor, den Weg zu gehen. Für den Fall, dass eine Einrichtung durch die Kürzung der Pauschalen in Schwierigkeiten gerate, sei die Stadt sicherlich zur Nachverhandlung bereit.

Stadträtin **Klett-Heuchert** geht davon aus, dass das Thema Essensangebot in Kürze im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beraten werde, da die Essenskosten einer grundsätzlichen Klärung bedürften.

Stadtrat **Müller** bringt zum Ausdruck, dass bei der Qualität des Essensangebots auch der Aspekt der Kindgerechtigkeit wichtig sei. Man gehe davon aus, dass die durch die Kürzung des Haushaltsansatzes im Rahmen der Haushaltsberatung nicht mehr benötigten 250.000 Euro in vollem Umfang zur Entlastung des Verwaltungshaushalts zum Tragen komme.

Stadträtin **Lange** erklärt ihre Zustimmung, jedoch sei die Essensgebühr im Vertrag nicht beinhaltet.

EBM **Seigfried** verweist darauf, dass das Thema Essensversorgung unter Einbeziehung der freien Träger in der BSS- Klausur vertieft beraten werden solle. Die Verhandlungen seien sehr lange und intensiv gewesen. Trotz der Budgetierung biete man eine gute Finanzierung für die freien Träger. Man habe bei den Regelgruppen und VÖ- Gruppen einen Zuschuss von 92 % und bei den Krippengruppen und Ganztagesgruppen von 100 %. Erwähnenswert sei auch, dass die Träger alle Wege mitgegangen seien, wie beim Kinder- und Familienzentrum, wie bei den Eigenanteilen bei der Sprachförderung etc. Heute würden die Ecklinien des Vertrages festgelegt, ohne weiteren Spielraum. Auf Anfrage aus dem Gremium erklärt er, dass der Fachkräfteschlüssel in fast allen Einrichtungen eingehalten werde und erläutert das Zustandekommen des Deltas von 250.000 Euro Minderkosten.

Nach weiter kurzer Aussprache stellt EBM **Seigfried** abschließend die Vorl.Nr. 495/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 8	Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren im Kindergartenbezirk Hoheneck Erweiterung der Städtischen Kindertageseinrichtung Reichertshalde 1. Grundsatzbeschluss 2. Vergabe der Planungsleistungen (Vorberatung)	Vorl.Nr. 478/12
-------	---	-----------------

Abweichende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Reichertshalde 51 auf der Grundlage der überarbeiteten Flächenstudie „Alternative A-Neu“ grundsätzlich.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsphase 1 und 2 (Grundlagenermittlung und Vorplanung) auszuarbeiten und den gemeinderätlichen Ausschüssen durch Informationsvorlage oder mündlich zu berichten.
3. Das Ingenieurbüro Zeeh, Schreyer + Partner, Sonnenhalde 52, 71642 Ludwigsburg, wird mit den Leistungsphasen 1 und 2 für die Planung von Heizung, Lüftung und Sanitär beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 478/12.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 8, Vorl.Nr. 478/12 liegt seitens der Fraktion der Freien Wähler als Tischvorlage ein Antrag vom 28.11.2012 auf Änderung des dortigen Beschlussvorschlags vor.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführlich die vorliegende Beschlussvorlage und geht insbesondere auf die neuen optimierten Flächenstudien ein.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) macht nachfolgend kurze Ausführungen in Bezug auf die Funktionalität und das Raumprogramm. Es sei möglich, mit dem vorliegenden Konzept eine Ganztageseinrichtung zu schaffen, allerdings in einem funktionsfähigen Mindeststandard.

EBM **Seigfried** erklärt, dass der Anbau an ein vorhandenes Gebäude immer auch Mehrkosten verursache. Andererseits Sorge man mit der Entscheidung dafür, dass eine bestehende Einrichtung zukunftsfähig bleibe. Schlussendlich habe man ein Konzept, das hohe Anforderungen erfülle und gleichzeitig die Infrastruktur im Kita- Bereich Hoheneck ausbauen könne.

Es findet nachfolgend im Gremium eine intensive Aussprache zur Thematik statt.

Stadträtin **Kopf** hofft, dass man heute zu einer Entscheidung komme. Ihre Fraktion sei entscheidungsbereit. Die geforderten Alternativen lägen auf dem Tisch, neue zusätzliche Schlaf- und Essensräume seien in den Alternativen enthalten.

Stadtrat **von Stackelberg** erklärt, dass man sich von den Varianten in erster Linie eine bessere Funktionalität erhofft habe. Die Erwartungen an das pädagogische Konzept sehe man in Variante A als am besten erfüllt an.

Stadtrat **Glasbrenner** ist der Meinung, dass in Deutschland ein Mindeststandard sicher noch ein sehr hoher Standard sei. Er sieht bezüglich der Funktionalität Vorteile bei der Variante A. Man habe nochmals eine Skizze an die Stadtverwaltung geschickt, die als Anregung zu verstehen sei. Seine Fraktion möchte zunächst über die Vorplanung mit Kostenschätzung beraten, weshalb man beantrage, nur die Stufen 1 und 2 zu beauftragen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** sieht wertvolle Zeit verloren, während eine valide Kostenberechnung

noch immer nicht möglich sei. Zeit, die man dringend im Hinblick auf den Rechtsanspruch und die Zuschüsse brauche. Sie bemängelt jedoch die geringe Größe des Besprechungsraums für Mitarbeiter. Wichtig sei ihrer Fraktion, dass heute der Beschluss gefasst werde.

Stadtrat **Müller** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Variante A neu.

Stadträtin **Lange** bemerkt, dass sie dem Antrag der Fraktion der Freien Wähler zustimmen werde.

Stadtrat **Dr. Bohn** gibt eine Anregung aus dem sachverständigen Publikum weiter, den Kirschbaum im Eingangsbereich zu versetzen und dadurch einen weiteren Raum zu gewinnen.

Stadträtin **Moersch** bringt zum Ausdruck, dass sie sowohl Variante A als auch Variante B ablehnen werde. Die Gründe habe sie in einer früheren Beratung bereits dargelegt. Aus ihrer Sicht hätte es bessere, schnellere und flexiblere Lösungen gegeben.

In der weiteren Aussprache spricht sich das Gremium mehrheitlich dafür aus, dass mündliche Berichterstattungen beziehungsweise Informationsvorlagen an das Gremium nach den verschiedenen Leistungsphasen genügen.

Als Ergebnis der Aussprache lässt auf Vorschlag von Stadtrat Herrmann EBM **Seigfried** abschließend über den Beschlusstext des Antrags der FW-Fraktion im Gremium abstimmen. Eine Änderung wird dabei vorgenommen in Ziffer 2, wonach anstelle der ursprünglich vorgesehenen Vorlage der Ausarbeitung zur weiteren Entscheidung in den gemeinderätlichen Ausschüssen vielmehr eine Information der Gremien in Form einer Informationsvorlage oder mündlichen Berichterstattung erfolgt.

TOP 9

Annahme von Spenden, Schenkungen u. ä.
Zuwendungen
- Annahme von Einzelzuwendungen

Vorl.Nr. 484/12

Beschluss:

1. Für das Haushaltsjahr **2012** wird eine Zuwendung i.H.v. **50.000 EUR** von der Ruprecht-Stiftung, 71638 Ludwigsburg, angenommen.
2. Für das Haushaltsjahr **2013** wird eine Zuwendung i.H.v. **50.000 EUR** von der Ruprecht-Stiftung, 71638 Ludwigsburg, angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 484/12.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 484/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 10	Annahme von Spenden, Schenkungen u. ä. Zuwendungen - Annahme von Einzelzuwendungen (Vorberatung)	Vorl.Nr. 501/12
--------	---	-----------------

Beschlussempfehlung:

Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung, 71630 Ludwigsburg, i.H.v. **750.000 EUR** wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 501/12.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 501/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 11	Jahresbericht der Volkshochschule 2011	Vorl.Nr. 405/12
--------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 405/12.

Auf die Vorlage Bezug nehmend berichtet Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport), dass in der Anlage die Vergleichswerte der Jahre 2005 bis heute dargestellt seien. Dabei sei eine sehr gute Entwicklung der Volkshochschule erkennbar.

In der nachfolgenden Aussprache wird aus der Mitte des Gremiums Herrn Runzer allgemein Dank für die gute Arbeit zum Ausdruck gebracht.

Stadtrat **von Stackelberg** betont die Wichtigkeit der beruflichen Bildung mit pädagogischen Konzepten. Die Stadträte **Kirnbauer** und **Müller** sowie Stadträtin **Lange** schließen sich seitens ihrer Fraktion dem Lob an.

Auf Fragestellungen der Stadträte **Herrmann** und **Dr. Vierling** geht Herr **Runzer** (FB Bildung, Familie, Sport, Volkshochschule) nachfolgend näher erläuternd insbesondere auf die durchschnittliche Teilnehmeranzahl, Zuschüsse, das Unterrichtsvolumen der Sprachen, den höheren Frauenanteil, die Entwicklung des Landeszuschusses sowie den Themenbereich berufliche Bildung ein.

Abschließend spricht EBM **Seigfried** Herrn Runzer und seinem Team ebenfalls Dank aus.